

Beschlußempfehlung und Bericht **des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuß)**

zu der Unterrichtung durch das Europäische Parlament
— Drucksache 10/1371 —

EntschlieÙung zum Koalitionsrecht der Angehörigen der Streitkräfte

A. Problem

Das Europäische Parlament hat eine EntschlieÙung zum Koalitionsrecht der Angehörigen der Streitkräfte gefaÙt. Danach sind

1. alle in der Europäischen Gemeinschaft zusammengeschlossenen Staaten aufgefordert, in Friedenszeiten ihren Soldaten das Recht zu gewähren, zur Wahrung ihrer sozialen Interessen Berufsverbände zu gründen, sich ihnen anzuschließen und darin eine aktive Rolle zu spielen;
2. die einzelstaatlichen Rechtsvorschriften unter Beachtung der maßgeblichen Artikel der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, der Konvention des Europarats zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der europäischen Sozialcharta anzugleichen.

Das Europäische Parlament hat seinen Präsidenten beauftragt, diese EntschlieÙung an die Parlamente der Mitgliedsstaaten mit der Bitte um Stellungnahme weiterzuleiten.

B. Lösung

Zwar sind die in der EntschlieÙung geforderten Rechte zum Koalitionsrecht der Angehörigen der Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland im wesentlichen verwirklicht, die Bundesregierung ist jedoch aufzufordern, dem Deutschen Bundestag zu berichten, welche rechtlichen und faktischen Hindernisse bestehen, den beruflichen Organisationen der

Soldaten das Verhandlungsrecht einzuräumen, und ob die Bundesregierung beabsichtigt, ein solches Verhandlungsrecht gesetzlich zu verankern.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag

- A. begrüßt die Initiative des Europäischen Parlaments zum Koalitionsrecht der Angehörigen der Streitkräfte;
- B. ist der Auffassung, daß die in der Entschlieung geforderten Rechte zum Koalitionsrecht der Angehörigen der Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland im wesentlichen verwirklicht sind;
- C. fordert die Bundesregierung auf, dem Deutschen Bundestag zu berichten, welche rechtlichen und faktischen Hindernisse bestehen, den beruflichen Organisationen der Soldaten das Verhandlungsrecht einzuräumen, und ob die Bundesregierung beabsichtigt, ein solches Verhandlungsrecht gesetzlich zu verankern.

Bonn, den 7. November 1984

Der Verteidigungsausschuß

Biehle	Jungmann	Frau Krone-Appuhn
Vorsitzender	Berichterstatter	

Bericht der Abgeordneten Jungmann und Frau Krone-Appuhn

Der Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages hat sich in seiner Sitzung am 7. November 1984 mit der Entschlieung des Europäischen Parlaments zum Koalitionsrecht der Angehörigen der Streitkräfte vom 27. April 1984 — Drucksache 10/1371 — befaßt. Er hat die Entschlieung einstimmig zur Kenntnis genommen und einstimmig beschlossen, den Deutschen Bundestag zu bitten, die vorstehende Empfehlung zu beschließen.

Jungmann	Frau Krone-Appuhn
Berichterstatter	

